



Jugendfreiwilligendienst: Prekarisierung und "Generation Schnupperpraktikum" verhindern

Pressemitteilung von Elke Reinke, 12. November 2007

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend befasst sich heute in einer Anhörung mit dem „Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten“. Dazu erklärt Elke Reinke, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE:

Freiwilliges Engagement darf nicht zur Prekarisierung der Betroffenen oder zur Verdrängung regulärer Beschäftigung führen. Engagierte Jugendliche müssen besser unterstützt und geschützt werden. Deshalb gilt es, Mitbestimmung, soziale Absicherung und den Bildungsaspekt zu verbessern und der Gefahr einer "Generation Schnupperpraktikum" entgegenzuwirken.

Der Gesetzentwurf, der Gegenstand der heutigen Anhörung ist, muss in dieser Hinsicht dringend nachgebessert werden. Die darin enthaltenen Formulierungen zu den Mitbestimmungsrechten der Jugendlichen und der Betriebsräte sind viel zu vage.

Auch von einer Neuregelung des Taschengelds wird

abgesehen, obwohl diese von vielen Jugendlichen gefordert wird. Deshalb wird auch künftig bei der Maximalhöhe des Taschengelds zwischen Ost und West unterschieden, was den betroffenen Jugendlichen kaum zu vermitteln ist.

Der konsequente und in sich konsistente Bildungsaspekt droht verloren zu gehen, wenn verschiedene Ministerien wie derzeit vorgesehen weitere Freiwilligendienste einrichten, etwa ein Katastrophenschutzjahr oder einen freiwilligen Dienst in der Psychiatrie.

Durch die enorme, auch zeitliche, Ausweitung der Freiwilligendienste und die mögliche Stückelung in Drei-Monats-Abschnitte besteht zudem die Gefahr einer neuen „Generation Schnupperpraktikum“ unter dem Banner der Jugendfreiwilligendienste. Es kann nicht sein, dass Jugendliche in Freiwilligendiensten lange Zeit "geparkt" werden, weil nicht ausreichend Ausbildungs- und reguläre Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.